

# Neues Deutschland

Datum: 30.12.2006

Seite: 3

Ressort: Ausland

Autor:

## Mit schmelzenden Gletschern kann man nicht verhandeln

### Jakob von Uexküll, der Begründer des »alternativen Nobelpreises«, hebt im Mai in Hamburg einen Weltzukunftsrat aus der Taufe

Für große politische Projekte gibt es oft besondere Anstöße. Olof Palme etwa unternahm die 6-Staaten-Initiative zur nuklearen Abrüstung, nachdem er die Umrisse eines Körpers auf einer steinernen Treppe in Hiroshima sah...

Bei mir hat es mit dem politischen Schicksal des brasilianischen Umweltschützers José Lutzenberger zu tun, der bald nach seiner Auszeichnung mit dem alternativen Nobelpreis Umweltminister seines Landes wurde. Aber nach einigen Jahren trat er frustriert zurück – da merkte ich, dass die Blockaden gegen Veränderungen sehr stark sind. Und ich fragte mich: Warum tun wir nicht, was wir eigentlich tun könnten? Mir wurde immer klarer, dass wir ein Glaubwürdigkeitsdefizit haben, dass unsere Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft immer weniger Vertrauen genießen. Aber es gibt ja in der Welt genügend Persönlichkeiten, die Vertrauen genießen, und wenn man die in einem dauerhaften Gremium zusammenbringt und nicht in kurzfristigen Kommissionen, die ein schönes Papier machen und an den UNO-Generalsekretär schicken, könnte man etwas bewegen.

Der Weltzukunftsrat soll im Mai 2007 aus der Taufe gehoben werden. Wie weit sind die Vorbereitungen gediehen?

Seit einigen Monaten existiert ein 22-köpfiger Gründungsrat, der einen Vorstand mit fünf Mitgliedern gewählt hat, in dem übrigens auch Träger des alternativen Nobelpreises wie der chilenische Ökonom und ehemalige Präsidentschaftskandidat Prof. Manfred Max-Neef und die britische Menschenrechtsaktivistin Bianca Jagger vertreten sind. Dieser Vorstand hat mehrere weitere Ratsmitglieder vorgeschlagen; insgesamt sollen es 50 werden. Unter denen, die schon zugesagt haben, sind der ehemalige Chef des UNO-Hilfsprogramms für Irak, Hans von Sponeck, die Präsidentin der Arab Gulf University in Bahrain, Rafia Ghubash, und David Krieger von der US-amerikanischen Nuclear Age Peace Foundation.

Wie kommt es, dass der Weltzukunftsrat in Hamburg seinen Sitz haben wird?

Es gab durchaus auch in anderen Metropolen wie in Hyderabad in Indien oder in der Golfregion ein Interesse, dem World Future Council eine Heimstatt zu bieten. Aber das haben wir nicht weiter verfolgt, als Hamburg die notwendige Anfangsfinanzierung von fünf Millionen Euro garantierte. Die Hälfte davon hat die Stadt Hamburg aufgebracht, die andere Hälfte der Otto-Versand-Chef Dr. Michael Otto. Offenbar sehen immer mehr Politiker – auch konservative wie Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust – und umweltbewusste Unternehmer, dass auf derart überragende Herausforderungen wie Klimawandel oder Energiesicherheit auf neue Weise reagiert werden muss.

Ist Hamburg für Sie nicht auch ein Platz nostalgischer Familienerinnerungen?

Nicht nur nostalgischer. Ich bin in Hamburg aufgewachsen und meine Schwester und meine Mutter wohnen hier...

Hamburg ist ja auch die Stadt, in der Ihr Großvater Jakob von Uexküll die moderne Umwelttheorie begründete...

Auch diese Verbindung gibt es. Sein Archiv wurde erst vor eineinhalb Jahren der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, es lag als unzeitgemäß in einem Keller. Seine Forschungen sind wieder hoch modern und auch das spricht für Hamburg.

Existieren nicht schon genügend internationale Gremien wie der Club of Rome, die sich mit globalen Zukunftsfragen befassen?

Wenn es schon ein solches übergreifendes Gremium wie den Weltzukunftsrat gäbe, hätte ich mich dem schon angeschlossen. Was den Club of Rome betrifft: Der Präsident, Prinz El Hassan Bin Talal von Jordanien, ist Mitglied des Rates. Der Club of Rome hat vor allem einen Umweltfokus, unser Herangehen ist wesentlich breiter: Energiefragen, Armutsbekämpfung, Menschenrechte, nukleare Abrüstung. In 24 Kommissionen wollen wir ein Großteil der globalen Probleme behandeln.

Das ist ein großer Anspruch. Wen vertritt der Rat, was will er?

Der World Future Council vertritt niemanden, aber er versteht sich als Sprachrohr für die Interessen künftiger Generationen. Unser größtes Problem heute ist nicht die Armut, die Zerstörung der Umwelt oder der Terrorismus, sondern unser Unvermögen, auf diese großen Herausforderungen zu antworten, obwohl wir Wissen und Mittel dazu haben. Wir müssen bei der Suche nach den richtigen Antworten davon ausgehen, was vom Standpunkt unserer Kinder in der Zukunft nötig ist, und nicht, was heute politisch möglich ist – das ändert sich auch immer wieder. Alle Menschen haben einen gemeinsamen Wert: Wir wollen unseren Kindern eine bessere oder wenigstens keine schlechtere Welt übergeben. Doch dieser Wert wird unterdrückt durch die Propaganda des globalen Konsums. Überlebensfragen werden ökonomischen Kosten-Nutzen-Analysen untergeordnet. Aber mit schmelzenden Gletschern kann man nicht verhandeln.

Wie will der Zukunftsrat seine Ziele erreichen?

Der Rat wird das derzeitige Handlungsdefizit bei wichtigen Themen wie Klimawandel, Abholzung der Wälder und wachsende globale Ungleichheiten feststellen und geeignete Schritte identifizieren, die die Kluft zwischen dem, was derzeit getan wird, und dem, was getan werden muss, überwinden. Dafür wollen wir die nötige Unterstützung mobilisieren. Die Initiative für den World Future Council unterhält bereits seit zwei Jahren ein Forschungsbüro in London, das sich auf die Identifizierung so genannter best policies konzentriert hat. Das heißt, wir haben erforscht, wo es in der Welt bereits gute Beispiele für zukunftsfähige Lösungen gibt.

Wo wurden solche Lösungen gefunden?

Die beste Lösung zur Verringerung der Umweltbelastung in Großstädten des Südens, die sich keine U-Bahn leisten können, fanden wir in Bogotá. Dort wurden besondere Buslinien und große Fußgängerzonen eingerichtet. Vorbildliches zur Erweiterung der Demokratie bot das brasilianische Porto Alegre, wo die Menschen die Möglichkeit haben, in Stadtteilversammlungen über die Verteilung des städtischen Budgets abzustimmen. Und die beste Gesetzgebung zur Förderung und Verbreitung erneuerbarer Energien ist ohne Zweifel das deutsche Einspeisungsgesetz, das bereits in 40 Ländern ganz oder teilweise übernommen worden ist. Solche Lösungen haben wir gleich nach der UNO-Klimakonferenz in Nairobi bei einem Treffen von Parlamentariern vorgestellt. Die Resonanz war groß. Wir beginnen also nicht mit irgendwelchen abstrakten Ideen.

Die gegenwärtige Weltordnung, so Ihre Diagnose, »gründet sich auf Kurzsichtigkeit und Geldgier und fördert Intoleranz und Gewalt«. Wie kann der Zukunftsrat dem entgegenwirken?

Mit dem Vorzeigen guter Beispiele ist es nicht getan. Wir müssen die globalen Rahmenbedingungen ändern. Es ist kein Zufall, dass wir eine Weltordnung haben, in der 50 Dollarmilliardäre so viel besitzen wie die Hälfte der Menschheit. Die Superreichen haben, unterstützt von ihren Helfershelfern in den Medien und in der Politik, eine solche Weltordnung geschaffen. Dabei ist die von ihnen betriebene Globalisierung nach den Worten von Prof. Herman Daly (USA) der letzte Versuch, den Grenzen des Wachstums zu entkommen, indem man in die ökologischen und ökonomischen Räume aller Länder hineinwächst. Diese Weltordnung ist jedoch kein Naturgesetz, deshalb kann man entgegensteuern. Und der Weltzukunftsrat wird nicht zuletzt als ethische Instanz dafür wirken, die überlaute Stimme des Marktes zurückzudrängen, die selbst in Indien dazu führt, dass Schüler, die keine Nike-Turnschuhe tragen, gemobbt werden. Es geht uns um ein ganz anderes Globalisierungsmodell, um eine Gemeinschaft von Bürgern und nicht um eine Nicht-Gemeinschaft von konkurrierenden Konsumenten.

Aber die Macht des Marktes scheint überwältigend. Die 500 größten Konzerne kontrollieren mehr als das halbe Weltsozialprodukt. Konzerngewaltige haben mehr Macht, als sie je ein Kaiser besaß. Beschleicht da nicht auch Propheten einer schönen neuen Welt die Hoffnungslosigkeit?

Das ist die Wahl, die man hat: die Hände in den Schoß zu legen oder etwas zu unternehmen, auch wenn eine überwältigende Macht gegenübersteht. Als man in England vor etwa 175 Jahren die Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei gründete, hat man sicher auch gesagt: Mein Gott, sind die naiv! Aber sie haben nicht locker gelassen, sie haben argumentiert, dass die Sklaverei moralisch nicht akzeptabel ist, und sie hatten innerhalb von einigen Jahrzehnten Erfolg. Deshalb sage ich: Wir zeigen, was getan werden muss, und dann werden wir nicht die einzigen sein, die den Mut zur Veränderung aufbringen.

Ernst Bloch sagte einmal: »Der Preis der menschlichen Freiheit ist das Risiko, dass der große geschichtliche Augenblick auf ein zu kleines Menschengeschlecht trifft.« Wir müssen eben den Anforderungen gewachsen sein. Und manchmal, in Krisenzeiten, geht es ganz schnell. Als Großbritannien den Kampf gegen den Faschismus aufnahm, wurde der private Autoverkehr in kurzer Zeit um über 90 Prozent reduziert. Nach Auffassung des früheren USA-Vizepräsidenten Al Gore bedeutet das Klimachaos für unsere Generation die gleiche gewaltige Herausforderung, wie sie die Bekämpfung des Faschismus für unsere Großeltern war. Das ist die Größenordnung, mit der wir es zu tun haben. Und ich merke auch, dass die globalen Eliten zunehmend skeptisch gegenüber der Tauglichkeit der eigenen Lösungen sind. Das heißt natürlich nicht, dass die innerhalb kurzer Zeit auf ihre Macht verzichten

Samuel Huntington hat in seinem Buch »Kampf der Kulturen« den Westen und seine Freiheitswerte den anderen Kulturen der Welt arrogant gegenübergestellt...

Wenn man die westlichen Werte mit Freiheit gleichsetzt, so ist das genauso problematisch, wie die Sowjetunion damals den Friedensbegriff für sich beanspruchte. Für den USA-Politologen Benjamin R. Barber, einen ehemaligen Berater der Clinton-Regierung, ist es völlig unverständlich, wenn man auf der einen Seite die Kirche als Theokratie bezeichnet, wenn sie alle Lebensbereiche beherrscht, und Einparteienstaaten als totalitär einstuft, aber auf der anderen Seite den Markt, der zunehmend alle Bereiche des Lebens kontrolliert, als Gipfel von Freiheit und Demokratie feiert.

Ist es nicht denkbar, dass sich die Bevölkerungen des Südens künftig weigern, die ihnen vom Westen zugedachte untergeordnete Rolle zu spielen?

Sicher wäre das nicht schlecht, wenn sie sich weigern. Aber meine Hoffnung ist, dass das europäische Modell der Zusammenarbeit größeren Einfluss gewinnt. Ohne Zweifel steuern wir auf eine Weltordnung zu, in der der Westen weniger zu sagen hat. Die USA bleiben vorerst eine riesige militärische Macht, die noch viel Unheil anrichten kann. Aber es ist ganz klar, dass die Machtstrukturen sich bereits jetzt zu ändern beginnen.

Wird sich der Weltzukunftsrat auch mit Abrüstungsfragen befassen?

Ja, denn es ist ja wahnsinnig, dass zum Beispiel die US-amerikanischen und russischen Atomraketen immer noch aufeinander gerichtet sind und dass durch einen Zufall oder einen Computerfehler ein atomarer Schlagabtausch ausgelöst werden kann. Das wissen heute die meisten Menschen nicht, sie glauben, dass die Atomkriegsgefahr hauptsächlich von Nordkorea oder von Iran ausgeht. Man muss durch öffentliche Kampagnen Druck erzeugen, um Abrüstung in Gang bringen. Rüstung ist ja auch eine Umweltzerstörung riesigen Ausmaßes, die wiederum neue Konflikte auslösen kann. Nach Schätzungen könnte der Klimawandel in einigen Jahrzehnten dazu führen, dass 500 Millionen Umweltflüchtlinge aus China, Indien oder Bangladesch kommen. Die könnte kein Militär aufhalten.

Sie haben viele Jahre als Mitorganisator der alternativen Gipfel die G7/G8, die sich ja als eine Art Weltregierung verstehen, kritisch begleitet. Was erwarten Sie – bei aller grundsätzlicher Kritik an dem selbsternannten Gremium – vom nächsten G8-Treffen in Heiligendamm?

Wir haben das erste Treffen des World Future Council auch in der Hoffnung zeitlich so geplant, dass einige seiner Ergebnisse in den G8-Gipfel einfließen können. Die Bundesregierung hat dann die Möglichkeit, Initiativen aufzugreifen, die mit dem starken Rückhalt des World Future Council präsentiert werden. In Deutschland gibt es ja – im Unterschied zu Großbritannien, wo jetzt viel darüber geredet wird, es aber an der Umsetzung hapert – ein erfreuliches Bewusstsein vieler globaler Probleme und mit dem Einspeisungsgesetz für erneuerbare Energien eine beispielhafte Verordnung. Die deutsche Regierung könnte auf dem G8-Gipfel zum Beispiel die Initiative für ein Klimaabkommen ergreifen, das wirklich problemadäquat ist. Man tut jetzt so, als ob der Kyoto-Prozess auch nach 2012 wie gehabt weitergeführt werden soll. Aber das halte ich für absurd. Kyoto war ein völlig ungenügender Ansatz. Wir brauchen ein neues Abkommen, das Kyoto sehr schnell ergänzt. Und dazu gehört auch eine Finanz- und Steuerreform, die verhindert, dass Handelsregelungen den Umweltschutz untergraben.

So könnte man die Subvention der USA-Energiepreise als unfaire Handelssubvention gegenüber Staaten deklarieren, die Energie sparen, und eine entsprechende Klage vor die Welthandelsorganisation bringen. Auf diesem Wege könnte man Umweltabgaben in Höhe der versteckten Energiesubventionen einführen, die sicher zu einer bedeutenden Verminderung des Energieverbrauchs führen würden. Das wäre eine Initiative, mit der sich Deutschland in Heiligendamm profilieren könnte.